

Mitgliederzeitung der SPD Vorderpfalz



Gut aufgestellt



Unsere Mitglieder



Unsere Feste und Feiern

Inhalt

➔ Aus Berlin

Doris Barnett: Berlin-Infos.....	2
Chance für Jugendliche ohne Berufsabschluss	3
Frauenfrühstück.....	3
Schwarz-gelbes Melderechts-desaster repariert.....	4

➔ Aus Straßburg

Jutta Steinruck vorgeschlagen.....	5
Ringeln für Olympia.....	5
Armut in Europa bekämpfen	6
Bürgerforum: Europa.....	7

➔ Aus dem Land

Koalitionsausschuß setzt Signale	8
Mehr Geld für Kommunen	9
Neue Parteiratsvorsitzende.....	9
Regierungserklärung Malu Dreyer.....	10
Jens Guth stellt sich vor.....	11

➔ Unterbezirk

Thema Hochwasserschutz.....	12
Helferfest und Mitgliederehrung.....	13

➔ Arbeitsgemeinschaften

40 Jahre AsF	14
Gleichberechtigung ein Gesicht geben	15
Arbeitsfähigkeit erhalten	16
Jusos und Arbeiterkind.de.....	16
Mitmachen.....	17

➔ Vermischtes

150 Jahre SPD.....	18
Durch Nacht zum Licht.....	19
140 Jahre SPD Pfalz	19
VdK-Vorstand komplett.....	19
Termine	20

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe, Ihr habt das Jahr gut angefangen und wünsche Euch, dass sich ein paar der Wünsche erfüllen, vor allem bezüglich Eurer Gesundheit! Denn somit kann ich mich schon heute auf einen guten und engagierten Wahlkampf und ein entsprechendes Ergebnis freuen: Rückeroberung unseres Wahlkreises für die SPD! Ein solches Ergebnis wird eine gute Ausgangssituation für die Kommunal-, Bezirkstags- und Europawahlen sein, die im nächsten Jahr anstehen!

Wenn ich an Berlin denke, dann fällt mir bei diese Bundesregierung nur ein: COPY AND PASTE! Im Abschreiben sind die nämlich die Größten! Abgeschrieben sind: Kapitalmarkt-Transaktionssteuer, Mindestlohn, Bankentrennung usw.

ACHTUNG: was wird denn aus den Ankündigungen? Fast immer bleibt es bei den Absichtserklärungen, die man nach der Bundestagswahl mühelos wieder einkassiert. Im Halten von Versprechen ist die schwarz-gelbe Regierung jedoch überaus zurückhaltend: Für 2010 wurde der Bevölkerung versprochenen, den Bundeshaushalt in Ordnung zu bringen, keine neuen Schulden zu machen. Aber seit dem Zeitpunkt wurden trotz Rekordsteuern jährlich immer wieder neue Schulden gemacht – und die Zinslast steigt und steigt.

Die Bundesregierung brüstet sich, dass sie „gespart“ hat – aber man wird doch schon fragen dürfen: WO? Die wenigen Maßnahmen, die tatsächlich umgesetzt wurden, gehen zu Lasten der Schwächsten, nämlich der einkommensschwachen Familien mit Kindern und der Arbeitslosen. Die angesparten Gelder der Sozialkassen, Stichwort Rentenkasse, wurden aufgebraucht und öffentliche Investitionen lahmgelegt. Gekürzt wurde an allen Ecken und Enden und zwar so radikal (z.B. Gelder für das Projekt „Soziale Stadt“ von € 100 Mio. auf € 28 Mio.), dass die Mittel auf Druck der Öffentlichkeit hin wieder erhöht werden mussten (von € 28 Mio. auf € 44 Mio.). Und das verkauft man dann der erstaunten Öffentlichkeit als besonderer Großzügigkeit. Das Schlimme ist: die Wenigsten erkennen diese Taschenspieler-Tricks! Deshalb aufgepasst, mit den Arbeitskollegen, den Nachbarn, Freunden und der Familie reden, ihnen sagen, wo wir als „Otto-Normalverbraucher“ „hinter die Fichte“ geführt werden sollen!

Wir Sozialdemokraten passen auf die Interessen der Menschen auf. Wir wissen: Die Gesellschaft hält nur so lange zusammen, wie es geht gerecht und fair zugeht. Mit Gerechtigkeit und Fairness, mit Solidarität und Freiheit können wir alle Menschen in unserem Land teilhaben lassen am Wohlstand. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, mit Euch will ich nach diesen Prinzipien Politik für unseren Wahlkreis, für unser Land machen. Ich weiß, dass wir es zusammen schaffen können – wenn und weil wir es wollen!

Herzliche Grüße
Eure Doris Barnett

Doris Barnett: Infos aus Berlin

Flughafen Berlin-Brandenburg

Großbau-Projekte sind komplexer und komplizierter, als man sich das oft vorstellt. Das wissen wir alle seit über den neuen Flughafen BER berichtet wird. Was bisher aber in den Köpfen vieler Menschen nicht bekannt war ist folgendes:

Es gibt bei diesem Großprojekt drei (3) Gesellschafter:

- das Land Berlin mit 37 %
- das Land Brandenburg mit 37 %
- der Bund mit 26 %.

Die Entscheidungen der letzten Monate wurden immer gemeinschaftlich getroffen, auch wenn nach außen versucht wurde es so darzustellen, als habe nur Berlin und Brandenburg so entschieden. Tatsache ist, dass immer gemeinschaftliche Lösungen gefunden und getroffen wurden. Nicht ein Mal ist ein Gesellschafter überstimmt worden!

Zusammen haben sie entschieden, keinen Generalunternehmer zu beauftragen, nachdem sich nach der europaweiten Ausschreibung nur einer, nach der zweiten Ausschreibung sich vier gemeldet hatten, deren Preise erstaunlich nahe beieinander lagen. Dass Generalunternehmer auch keine Garantie für gelungene Planung und Ausführung sind, zeigt die Elbphilharmonie in Hamburg (*dort gibt es einen!*). Selbst bei dann kleineren Losen bewerben sich nur wenige Firmen an solchen Ausschreibungen, weil die Aufgabe sehr komplex und kompliziert ist und ein gehöriges Knowhow nötig ist, das nicht alle Interessierten haben.

Daneben stellt sich allmählich heraus, das der „kleine“ Gesellschafter Bund in Person des Bundesverkehrsministers Ramsauer und seine Mitarbeiter auch schon mal über Bande spielten. Der Technik-Chef Amann spricht offenbar öfter (*und lieber?*) mit Minister Ram-

sauer als mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit und dem Ministerpräsidenten Platzeck.

So gab Amann jetzt zu, am 19.12.12 mit Minister Ramsauer über Probleme gesprochen zu haben - und zwar ohne Wowereit und Platzeck. Und dabei hätte er nur kurz über den Stand des Projekts gesprochen; von Verschiebung des Eröffnungstermin will er nicht gesprochen haben. (*Anm.: ich glaube auch nicht mehr an den Weihnachtsmann!*)

Als dann bekannt gegeben werden musste (04.01.13), dass der Eröffnungstermin in 2013 nicht gehalten werden konnte, ging der Brief an Minister Ramsauer per Boten direkt raus, an die beiden Sozialdemokraten wurden sie verschickt - und zwar an deren Referenten. Und das an einem Freitag Abend. Und das bei der Brisanz des Inhalts! Nur ein Versehen????

Da mag sich jeder seine eigenen Gedanken machen. Auf jeden Fall wäre Amann nicht unglücklich, wenn der Geschäftsführer Rainer Schwarz abgelöst wird, weil er selbst ein gewisses Interesse an dem Posten hat. Schelm, wer sich was Böses dabei denkt!

CDU startet Demobilisierungskampagne

Im Wahljahr müssen wir Sozialdemokraten besonders aufpassen auf unsere Themen. Denn die CDU verfolgt, wie auch beim letzten Bundestagswahlkampf, eine perfide Strategie: Sie besetzen einfach Themen, mit denen die SPD erfolgreich in der Presse ist, und tun so, als würden sie sich für die gleiche Sache einsetzen. Damit hoffen sie, dass die SPD-Wähler zu Hause bleiben nach dem Motto: Ob SPD oder CDU - Hauptsache, das Pro-



blem wird gelöst! Deshalb müssen wir alles daran setzen, die CDU/CSU zu demaskieren und unsere Wähler zur Wahlurne bringen. Denn wir machen, während die anderen nur eine Fata Morgana aufbauen!

Beispiel: Trennbanken

Peer Steinbrück fordert seit September 2012, dass Investmentgeschäfte strikt vom klassische Bankengeschäft zu trennen sind. Union und FPD hatten ihn dafür heftig kritisiert (*Deutsche Bank will das ja absolut nicht*).

Jetzt plötzlich, weil auch der finnische Notenbankchef sich für ein Trennbankensystem einsetzt und das in Europa Folgen haben könnte, kommt Schäuble um die Kurve und kann sich auch mit der „Trennbanken-Idee anfreunden“ (*siehe Handelsblatt vom 16.01.13*).

Beispiel: Mindestlohn

Obwohl in der Union und erst Recht in der FDP keine Mehrheit für einen ge-

setzlichen Mindestlohn zu erreichen ist (bestenfalls für eine branchenspezifische Lohnuntergrenze), „überlegt“ die Kanzlerin, ob der Mindestlohn nicht doch eine gute Sache ist.

Beispiel: Werkverträge

Zu Recht weist der DGB-Chef Sommer die Kanzlerin auf die neu entstandene Unsitte in vielen Betrieben hin, bisherige Arbeitsplätze von Stammbeschafteten oder Leiharbeitnehmern durch „Werkverträger“ erledigen zu lassen. Die sind an gar keinen Lohn gebunden, weder an den tarifvertraglichen der Stammbeschaftung noch an den der Leiharbeitnehmer. Und sie wären auch vom gesetzlichen Mindestlohn „befreit“, weil ja der „Werkverträger“ sich selbst anbietet. Und bei Selbstausbeutung gibt es keine Untergrenze.

Leider war das von Sommer bei Merkel erzielte Ergebnis mehr als „lau“:

„Hier werden wir in Zukunft ein Auge drauf haben müssen, weil immer öfter auch Werkverträge ein Umgehungstatbestand sein können für vernünftige tarifvertragliche Abmachungen“, sagte Merkel.

Was heißt das jetzt konkret? Macht sie was?

Ihr seht:

Es sind nur Absichtserklärungen und geweckte Hoffnungen - nichts Konkretes, nichts mit dem man arbeiten kann! Deshalb werden wir mit konkreten Anträgen diese Regierung stellen. Und wir müssen dann auch unseren Betriebs- und Personalräten, unseren Arbeitskollegen, Nachbarn, Freunden, Bekannten und Familienmitgliedern immer wieder sagen müssen:

Was - außer „Watte“ - verspricht hier die Bundeskanzlerin? Gar nichts! Aber sie tut alles, um die SPD-Wähler einzulullen.

ABER NICHT MIT UNS!

KEINER DARF VERLOREN GEHEN Zweite Chance für Jugendliche ohne Berufsabschluss

Anfang Februar begann die Initiative „Spätstarter gesucht: Junge Erwachsene sollen Chance auf Ausbildung bekommen“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit.

„Die Schwerpunktsetzung auf junge Erwachsene ist der richtige Weg. Der Handlungsdruck ist enorm, denn nur mit einer guten Ausbildung und Qualifizierung kann den jungen Menschen der Einstieg in den beruflichen Aufstieg gelingen,“ so die Ludwigshafener SPD-Bundestagsabgeordnete Doris Barnett.

Im Arbeitsamtsbezirk Ludwigshafen sind in der Altersgruppe der 25-34-Jährigen rund 58% ohne abgeschlossene Ausbildung. „Diese Zahl ist erschreckend und ich frage mich schon, wie

hier diese zweite Chance für Jugendliche ohne Berufsabschluss aussehen soll. Insbesondere interessiert mich die Finanzierung und die Mittelausstattung des Programms vor Ort.“

Zweifel sind angebracht, denn die Bundesregierung hat in den zurückliegenden Haushaltsberatungen die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion, 200 Millionen Euro für die Ausbildung und Qualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss bereitzustellen, abgelehnt. „Eine zweite Chance auf Berufsausbildung wird weder im Bund noch hier vor Ort für umsonst zu haben sein. Wenn es kein Geld gibt, bleibt diese „Zweite Chance“ einmal mehr ein leeres Versprechen dieser Bundesregierung,“ so Barnett abschließend.

Frauen wollen Respekt – Gleichheit ist keine Bevorzugung“

Ruchheimer Frauenfrühstück

Mittwoch 10.04.2013
von 9:30 – 11:30 Uhr
Schloss Ruchheim



Liebe Frauen, wir haben unsere Bundestagsabgeordnete und Kandidatin des Wahlkreises 208 Doris Barnett zu Gast. Eines ihrer Anliegen ist die Gleichstellung der Frauen, deshalb haben wir das Frauenfrühstück unter das Motto „Frauen wollen Respekt – Gleichheit ist keine Bevorzugung“ gestellt. Wir laden alle die dieser Meinung sind und sich vielleicht auch dafür engagieren möchten herzlich ein, bei einem guten Frühstück zu diskutieren.

Anmeldung bis 08.04.13
Monika Schrader Tel. 06237/8253 AB
Monika.Schrader@web.de

Schwarz-gelbes Melderechtsdesaster repariert



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, mit ihrem wenige Tage vor den abschließenden Beratungen vorgelegten Änderungsantrag zum neuen Meldegesetz hatte die schwarz-gelbe Koalition letztes Jahr dem Datenschutz einen schweren Schlag versetzt. Für Auskünfte zu Zwecken der Werbung oder des Adresshandels sollte – anders als noch im Regierungsentwurf vorgesehen – nicht mehr die Einwilligung des Betroffenen erforderlich sein, die Bürgerinnen und Bürger sollten lediglich der Datennutzung zu diesen Zwecken widersprechen können. Das Datenschutzdesaster, das die Koalition Merkel/Rösler angerichtet und zu verantworten hat, löste zu Recht erhebliche öffentliche Empörung aus. Zu Unrecht wurde dabei auch das parlamentarische Verfahren skandalisiert, weil der Punkt zu abendlicher Stunde ohne Debatte durchs Plenum ging – wie etwa die Hälfte der zahlreichen Tagesordnungspunkte an diesem Tag. Wir haben bereits im zuständigen Innenausschuss am 27. Juni 2012, einen Tag vor der spätabendlichen Abstimmung im Plenum, unmissverständlich gegen das Einknicken der schwarz-gelben Koalition vor der Adresshandelslobby Stellung bezogen, wurden aber von der schwarz-gelben Regierungsmehrheit überstimmt.

Jetzt haben wir, wie wir das den Bürgerinnen und Bürgern auch versprochen haben, das Versagen von CDU/CSU und FDP gemeinsam mit den SPD-geführten Bundesländern repariert und einen sehr guten Kompromiss verhandelt, bei dem Schwarz-Gelb in praktisch allen Punkten auf

unsere Forderungen eingegangen ist. Das Ergebnis ist das datenschutzfreundlichste Melderecht, das es in der Bundesrepublik je gab.

Wir haben erreicht, dass es nun eine bürgerfreundliche Einwilligungslösung gibt, statt der datenschutzunfreundlichen Widerspruchslösung von Schwarz-Gelb. Ihre Einwilligung können die Bürgerinnen und Bürger entweder generell gegenüber den Meldebehörden oder individuell im Einzelfall gegenüber der auskunftersuchenden Stelle (zum Beispiel einem Unternehmen für Auskunft zu Werbezwecken) erteilen. Letzteres wird aber nur „gesondert“ und „ausdrücklich“ möglich sein, damit es sich wirklich um eine bewusste Entscheidung der Verbraucherinnen und Verbraucher handelt und eine Einwilligung nicht etwa tief in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen versteckt werden kann. Selbstverständlich werden Täuschungen über das Vorliegen von Einwilligungen als Ordnungswidrigkeiten sanktioniert. Wir haben jetzt zudem u.a. eine gesetzliche Verpflichtung zur Stichprobenkontrolle, eine Klarstellung der Amtsermittlungspflicht bei Missbrauchsverdacht und eines entsprechenden Auskunftverbots bei Verdachtsfällen, die Festschreibung des Unentgeltlichkeit des Widerrufs einer zuvor erteilten Einwilligung und die Aufnahme einer Evaluierungsklausel festgeschrieben. Für die - vom Datenschutz unabhängige - ebenfalls noch strittige Frage der Meldepflicht von Soldatinnen und Soldaten in dienstlichen Unterkünften konnte ein guter Kompromiss zwischen den Interessen der Soldatinnen und Soldaten und den Standortkommunen mit einer zukünftigen Meldepflicht ab einem Zeitraum von 12 Monaten gefunden werden. Zuletzt haben wir

noch um eine Formulierung hinsichtlich der Zweckbindung und des Wiederverwendungsverbot der Daten gerungen, die den Schutz der Daten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei der Datenverarbeitung durch Dritte gewährleistet. Die jetzige Lösung entspricht hierbei dem Petition des Bundesbeauftragten für den Datenschutz.

Das Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens wird nun am 01.05.2015 in Kraft treten können. Diese Vorlaufzeit benötigen die Länder, um die erforderlichen Software-Anpassungen vornehmen zu lassen. Das Gesetz löst damit die bisherigen Meldegesetze der Länder bzw. das Melderechtsrahmengesetz auf Bundesebene ab, nachdem das Melderecht mit der Föderalismusreform I in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes übergegangen war. Im Vergleich zum derzeit geltenden Rechtszustand und zu den Absichten der schwarz-gelben Koalition, stellt der jetzige Kompromiss aus dem Vermittlungsausschuss einen bedeutsamen Fortschritt im Datenschutzniveau des Melderechts dar. Das Melderecht im Vermittlungsausschuss zeigt dabei auch, dass die SPD willens und in der Lage ist, ihre Stärke im Bundesrat zu konstruktiven Lösungen im gemeinsamen Interesse aller Bürgerinnen und Bürgern zu gebrauchen.

*Christine Lambrecht, MdB
stellvertretende Vorsitzende
Michael Hartmann, MdB
innenpolitischer Sprecher*

KANDIDATIN FÜR EUROPAWAHL Jutta Steinruck vorgeschlagen

Bei seiner letzten Sitzung hat der Unterbezirksvorstand der SPD Vorderpfalz der SPD Jutta Steinruck als Kandidatin für die Europawahl vorgeschlagen. Der Vorstand sprach sich in seiner Sitzung einstimmig für eine erneute Kandidatur der Ludwigshafenerin aus. Der Vorsitzende der SPD Vorderpfalz Martin Wegner: „Jutta Steinruck leistet in Brüssel und Straßburg ausgezeichnete Arbeit und ist für uns immer ansprechbar. Deswegen war es für uns selbstverständlich, dass wir sie wieder vorschlagen.“

Jutta Steinruck ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlamentes und hat dort die Sozial- und Beschäftigungspolitik als Schwerpunkt. Ihre politische Karriere begann die aktive Gewerkschafterin im Stadtteil West. Gemeinsam mit einigen Nachbarinnen und Nachbarn gründete sie die IG West zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil. Durch ihr

Engagement spürte sie schnell, wie wichtig es ist, politische Veränderungen voranzutreiben. Ab 1999 war sie Mitglied des Stadtrates und 2006 wurde sie als Landtagsabgeordnete in das Mainzer Parlament gewählt. Dort hat sie sich auch aufgrund Ihrer Kompetenz in europapolitischen Fragen und ihr besonderes Engagement als Abgeordnete für das Europaparlament empfohlen.

„Ich freue mich sehr, dass sich Jutta Steinruck auf europäischer Ebene hartnäckig für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa einsetzt. Wir haben eine Europaabgeordnete aus Ludwigshafen, die es immer verstanden hat, für ein besseres Europa zu kämpfen und sich trotz der schwierigen Fragestellungen nicht unterkriegen lässt, für das Soziale einzutreten. Vor Ort wie in Europa ist sie immer nah bei den Menschen. Konsequenter und zielstrebig tritt sie für ihr



Ziel ein, den Menschen ein anständiges Leben zu ermöglichen. Wir werden jetzt dafür arbeiten, dass sie das auch nach der nächsten Europawahl fortsetzen kann,“ so Martin Wegner.

EUROPÄISCHES PARLAMENT: Ringens muss olympisch bleiben

„Im Europäischen Parlament wächst der Druck auf das Internationale Olympische Komitee (IOC), Ringen auch weiterhin als olympische Disziplin zu erhalten“, sagt die in der Vorderpfalz, einer Ringerhochburg wohnende Europaabgeordnete Jutta Steinruck (SPD). „Gemeinsam mit Europaabgeordneten aus mehreren europäischen Ländern habe ich eine Kampagne gegen die Entscheidung des IOC-Exekutivkomitees, Ringen ab 2020 von den olympischen Wettkämpfen auszuschließen, gestartet.“ Bereits nach wenigen Tagen habe diese Initiative eine große Zahl von Unterstützern im

Parlament gefunden.

„Der Sportausschuss des Parlaments soll sich auf der nächsten Sitzung mit dem Thema „**Ringens muss olympisch bleiben**“ beschäftigen und eine Intervention gegenüber dem IOC vorbereiten“, forderte Jutta Steinruck. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass der olympische Gedanke – der in einem Mitgliedsland der EU seinen Ausgang gefunden hat – den kommerziellen Interessen an hohen Einschaltquoten geopfert wird. „Mit vielen anderen ringerbegeisterten Menschen in der Welt – von Indien über Russland bis zu den USA – gibt es die reelle Chan-



ce, die Entscheidung des Exekutivkomitees bei der Vollversammlung des IOC im September 2013 zu kippen“, sagte Jutta Steinruck.

ANMERKUNGEN ZUM EU-SOZIABERICHT

Armut in Europa muss endlich wirksam bekämpft werden

Anfang Januar stellte der EU-Kommissar für Arbeit und Soziales, László Andor, den EU-Sozialbericht vor. Die Ergebnisse dieses Berichts sind erschreckend: Die Arbeitslosenquote in den Euro-Ländern ist mit rund 12% so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Nimmt man alle 27 Mitgliedsstaaten insgesamt in den Blick sieht es nur unwesentlich besser aus. Hier liegt die Quote bei 10,8%. Südeuropäische Länder sind dabei weitaus stärker betroffen als die Mitgliedsstaaten im Norden Europas. Während im Jahr 2007 Nord und Süd eine annähernd gleiche Arbeitslosenquote aufwiesen, stieg der Unterschied bis 2011 auf 7,5% an. Alarmierend ist auch die Tatsache, dass das Armutsrisiko bei Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, enorm gestiegen ist. Die Menschen in Ländern wie Griechenland, Spanien oder Zypern erlitten enorme Einkommensverluste. So muss zum Beispiel eine griechische Familie mit bis zu 17 Prozent weniger Geld gegenüber 2009 auskommen. Die Euro-Zone droht in einen reichen Norden und einen armen Süden zu zerfallen!

Diese Entwicklung zeigt uns, dass einseitige Spardiktate ganze Länder und ihre Bevölkerung in die Armut führen. Wir müssen bei aller Notwendigkeit des Sparens gleichzeitig klug investieren: In Ausbildung und Arbeitsplätze für die Menschen. Nur so können wir verhindern, dass die Armut noch weiter ansteigt.

Es zeigt uns auch, wie wichtig der Sozialstaat ist: Diejenigen Länder mit einem besser ausgestalteten Sozialfürsorgesystem konnten die wirtschaftlichen Erschütterungen besser abfedern. Kluge Arbeitsmarktrefor-

men und besser gestaltete Sozialsysteme können also den Ausstieg aus der Krise beschleunigen. Dazu zählen unter anderem ein angemessener Mindestlohn, die Verringerung des sogenannten Gender Pay Gaps und eine Strategie, junge Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Denn: Die Armut in Europa betrifft insbesondere junge Menschen, alleinerziehende Mütter und arbeitslose Frauen. Die Analyse der Mindestlöhne zeigt, dass die Beschäftigungsquote von Geringqualifizierten in Ländern mit höheren Mindestlöhnen sogar tendenziell höher ist.

Bei den Gehältern besteht nach wie vor ein großer Unterschied zwischen Männern und Frauen. Der so genannte Gender Pay Gap betrug 2010 im EU-Durchschnitt 16,4%, dabei nimmt die Diskrepanz mit dem Alter zu. Dieses Lohngefälle muss in allen Altersgruppen um 1% pro Jahr reduziert werden, bis eine Angleichung erfolgt ist. Mehr junge Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, hat nicht nur positive Effekte auf das Wachstum an sich, sondern garantiert auch, dass junge Frauen zu Beginn und zum Ende ihres Arbeitslebens finanziell unabhängig sind.

Ein weiteres großes Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit: Jeder fünfte Europäer im Alter zwischen 15-24 Jahren ist ohne Arbeit, in Spanien und Griechenland sogar jeder zweite. Darüber hinaus gibt es große regionale Unterschiede. Vor allem in ländlichen Gegenden ist die Jugendarbeitslosigkeit ein großes Problem. Außerdem gibt es viele junge Menschen, die gezwungen sind, in Teilzeit zu arbeiten, begrenzte Zeitverträge haben, we-

niger Gehalt bekommen und somit auch wenig soziale Sicherheit haben. Die Demonstrationen junger Menschen in Athen und Madrid haben gezeigt, wie wütend die Jugendlichen sind. Und diese Wut ist verständlich: der erste Job entscheidet auch über zukünftige Einkommensperspektiven, Rentenansprüche und die weitere Karriere. Außerdem ermöglicht der Eintritt ins Arbeitsleben die Loslösung vom Elternhaus und somit die Unabhängigkeit. Wir müssen hier handeln, wenn wir nicht riskieren wollen, eine ganze Generation zu verlieren. Ein Instrument kann hier die Jugendgarantie sein. Das bedeutet, dass jedem Jugendlichen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss seiner Ausbildung oder nach Verlust des Arbeitsplatzes ein Beschäftigungs-, Ausbildungs- oder Weiterbildungsplatz angeboten werden muss. In Österreich und Finnland wurde so eine Jugendgarantie bereits 2008 mit Erfolg eingeführt, in Luxemburg arbeitet man gerade an der Einführung. In Österreich zum Beispiel wird jedem Jugendlichen garantiert, dass er nach dem Schulabschluss oder bei Arbeitslosigkeit nach spätestens sechs Monaten wieder arbeiten kann. Wenn sie auf dem normalen Arbeitsmarkt keine Stelle finden oder ihre Ausbildung nicht auf dem tertiären Sektor fortsetzen, haben sie die garantierte Möglichkeit, vollzeitschulisch oder außerbetrieblich in anerkannten Ausbildungsberufen unter Einbeziehung von betrieblichen Praxisphasen eine vollwertige Ausbildung zu absolvieren. Das Bundesministerium für Arbeit in Österreich hat ausgerechnet, dass sich ihre Investitionen in die Jugendgarantie in fünf Jahren ausgezahlt haben werden.

Auch in der Bundesrepublik sind Jugendliche im Durchschnitt doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen als Menschen über 25 Jahre. In einigen Regionen in Rheinland-Pfalz ist die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen sehr hoch: In Pirmasens sind über 12% aller Jugendlichen nicht in Arbeit oder Ausbildung. Eine Jugendgarantie ist also auch in Rheinland-Pfalz sinnvoll. Damit kann die Arbeit der Landesregierung unterstützt werden. Auch in Ländern mit weniger Arbeitslosen kommt es darauf an, jeden einzelnen Jugendlichen zu erreichen.

Am 16. Januar wurde im Europäischen Parlament mit großer Mehrheit ein Entschließungsantrag verabschiedet, der die Mitgliedsländer dazu auffordert, diese Jugendgarantie einzuführen. Ende Februar beraten dann die europäischen Sozialminister über den Vorschlag. Wenn wir uns anschauen, dass wir für die Versorgung arbeitsloser Jugendlicher über 100 Milliarden Euro jährlich ausgeben, während die Kosten einer Jugendgarantie in der Eurozone laut der Internationalen Arbeitsorganisation auf rund 21 Milliarden Euro belaufen würden, müsste diese Initiative doch eigentlich von jedem Mitgliedsland mitgetragen werden. Die Mittel für die Umsetzung der Jugendgarantie könnten aus dem Strukturfonds bereitgestellt werden. Der Kampf gegen Jugendarbeitslo-

sigkeit und die prekären Verhältnisse junger Arbeitnehmer lohnt sich nicht nur im Hinblick auf die Reduzierung gesellschaftlicher Kosten und sozialer Exklusion, sondern kann auch Milliarden an Euro sparen. Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ist eine Bedingung dafür, das Wirtschaftswachstum

wieder anzukurbeln, ausgeglichene Haushalte zu ermöglichen und eine soziale Katastrophe zu verhindern. Wir müssen damit anfangen vorhandenes Geld zu nutzen, um Ausbildungsplätze zu schaffen, anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Frank Piplat, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland, lädt Sie herzlich ein zu:

mitreden über Europa

BÜRGERFORUM
am Freitag, 12. April 2013 | 19.00 Uhr
Stadtratssaal des Rathauses der Stadt Ludwigshafen
Rathausplatz 20 | 67059 Ludwigshafen

In Europa diskutiert man über die Zukunftsfragen der Europäischen Union. Diskutieren Sie mit!

Begrüßung: **Klaus Dillinger**
Beigeordneter für Bau, Umwelt und Verkehr, WBL
Stadt Ludwigshafen

Frank Piplat
Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland

Podium: **Birgit Collin-Langen**
Mitglied des Europäischen Parlaments (CDU)

Prof. Dr. Thomas König
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Mannheim

Jutta Steinruck
Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD)

Nils Wiechmann
Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Moderation: **Mirko Drotschmann**
SWR

Im Anschluss an die Diskussion findet ein Empfang statt.
Europäische Projekte und Organisationen aus der Region stellen ihre Arbeit vor.
Der Eintritt ist frei.

Anmeldung bitte an: Telefon: 0941 - 69 64 63-0 | Telefax: 0941 - 69 64 63-1 |
E-Mail: mitreden@valentum.de

Mit freundlicher Unterstützung der Stadt Ludwigshafen

Ludwigshafen
Stadt am Rhein
www.ludwigshafen.de

EUROPÄISCHES PARLAMENT Informationsbüro in Deutschland | Unter den Linden 78 | 10117 Berlin | Tel.: +49 30 2280 1000 | Fax: +49 30 2280 1111
Weitere Informationen: www.europarl.de

KOALITIONSAUSSCHUSS SETZT SIGNALE für eine nachhaltige Verkehrs- und Infrastrukturpolitik



Liebe Genossinnen und Genossen, mit den erreichten Ergebnissen im Koalitionsausschuss setzt die rot-grüne Regierung nicht nur erfolgreich entscheidende Signale für eine nachhaltige Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Wir haben im Koalitionsausschuss einmal mehr wichtige Schritte unternommen, um unser Land auch weiterhin in eine gute Zukunft zu lenken. Gemeinsam mit unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer danke ich ausdrücklich Theresia Riedmaier, Doris Ahnen, Hendrik Hering und Dr. Carsten Kühl. Wir sind fest davon überzeugt, dass diese wichtigen verkehrspolitischen Entscheidungen auch eine ganz deutliche sozialdemokratische Handschrift tragen.

Wir haben bewiesen: Auch bei schwierigen Projekten und Vorhaben garantieren wir Handlungsfähigkeit. Das heißt zum Beispiel: Die Lücke in der A 1 wird geschlossen. Wir stärken damit insbesondere die Eifel und den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Der öffentliche Personen-Nahverkehr wird gestärkt: Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt 2015 steigern wir den Schienenpersonenverkehr auf über 40 Millionen Zugkilometer und stehen damit

unangefochten an der Spitze der Bundesländer. Mit dem Ausbau des Schienennetzes kommen wir den Forderungen der Menschen nach Mobilität nach und wir setzen uns nachhaltig für besseren Lärmschutz beim Güterbahnverkehr ein. Zur notwendigen Entlastung des Mittelrheintals werden wir die alternative Güterverkehrsstrecke, die ertüchtigte Eifelbahn zwischen Trier und Köln und die ebenfalls ertüchtigte Rhein-Sieg-Bahn beim Bund einfordern. Auch für den Ausbau der B10 in der Pfalz haben wir nach langer Mediation einen guten und tragbaren Kompromiss erzielt. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn in Baden-Württemberg die zweite Rheinbrücke bei Wörth verwirklichen. Wie bereits bei der im Bau befindlichen Erneuerung der Schiersteiner Brücke geht es um jeweils mehr als 70.000 Fahrzeuge, die dort täglich den Rhein queren müssen - und zu Eurer Erinnerung: Der Hochmoselübergang befindet sich bereits im Bau.

Wir scheuen uns nicht, auch bei strittigen Themen tatkräftig zuzupacken und am Ende Lösungen zu erarbeiten, die die Belange der Menschen, der Natur, der Landschaft und des kulturellen Erbes sowie der Umwelt mit der Mobilität aller in Einklang bringen. So geht sozialdemokratische Politik - und das nun auch schon viele erfolgreiche Jahre.

Liebe Genossinnen und Genossen, Malu Dreyer hat als Ministerpräsidentin in den ersten Wochen ihrer Amtszeit viele Weichen gestellt. Auch mit dem Wechsel an der Partei- und Regierungsspitze haben unsere Geschlossenheit und unser Gestaltungs-

wille im Land nicht nachgelassen. Wir haben uns den Problemen gestellt, die unser aller Aufmerksamkeit gefordert haben: Mit dem Nachtragshaushalt sichern wir die Zukunft des Flughafens Hahn. Auch die Zukunft am Flughafenstandort Zweibrücken steht nicht in Frage. Der Nürburgring bleibt ein wichtiges Infrastrukturprojekt in der Eifel - und nach turbulenten Monaten auf dem Weg in ruhigere Fahrwasser. Bei all den anstehenden Umstrukturierungen werden wir dafür sorgen, dass der Ring für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben wird.

Wo Andere sich wegduckten, stellen wir uns der Verantwortung. Das geht nur im Team und in dem Wissen, von einer breiten Basis in der Sozialdemokratie getragen zu werden. Dafür Euch allen ganz herzlichen Dank und ab jetzt erst einmal erholsame Oster- und Feiertage im Kreise Eure Familien!

Herzliche Grüße
Euer
Roger Lewentz
SPD-Landesvorsitzender

KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH Kommunen erhalten mehr Geld

Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Finanzminister Carsten Kühl und Innenminister Roger Lewentz haben heute die Einzelheiten der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) vorgestellt. Der Ministerrat hatte dem Vorhaben gestern zugestimmt.

„Die Landesregierung will die Gemeinden, Städte und Kreise finanziell so ausstatten, dass sie die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung auch wahrnehmen können. Mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs werden die rheinland-pfälzischen Kommunen ab 2014 in die Lage versetzt, endlich wieder einen positiven Finanzierungssaldo zu erreichen“, sagte Ministerpräsidentin Dreyer. „Das Zusammenleben der Menschen wird in den Kommunen und Landkreisen vor Ort gestaltet. Deshalb stärken wir diese Ebene im Besonderen. Der neue KFA ist ein weiterer, ein sehr entscheidender Baustein für starke Kommunen. Aus diesem Grund erhöhen wir auch zusätzlich die Mittel für den Ausbau der U-3-Betreuung und für die Schülerbeförderung. Und auch der kommunale Entschuldungsfonds, mit dem wir seit 2012 Kommu-

nen auf ihrem Entschuldungspfad unterstützen, gehört zu diesem Gesamtpaket zur Verbesserung der kommunalen Finanzen“, so die Ministerpräsidentin.

Innenminister Roger Lewentz erläuterte, dass die Finanzausgleichsmasse als zentrale Größe des KFA ab 2014 massiv erhöht werde: „Die Finanzausgleichsmasse steigt bis 2016 um gut 490 Millionen Euro. Die neuen Schlüsselzuweisungen C sorgen dafür, dass jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt zukünftig mehr Geld im Haushalt haben wird. Und dadurch, dass wir auch horizontal wirkende Reformmaßnahmen im KFA vorgesehen haben, wird sichergestellt, dass die KFA-Mittel bedarfsgerecht in den Kommunen ankommen, die besonders hohe Sozialausgabenbelastungen aufweisen.“



Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit Innenminister Roger Lewentz (l.) und Finanzminister Carsten Kühl (r.) vor der Pressekonferenz Bild: Stefan Sämmer / © Staatskanzlei

Finanzminister Carsten Kühl sagte, dass sich die Finanzausstattung der Kommunen signifikant verbessern werde. „Wir erfüllen die Vorgaben, die uns der Verfassungsgerichtshof auferlegt hat. Alles in allem bin ich sicher, dass die Neuordnung des KFA das leistet, was die Kommunen fordern – einen spürbaren Beitrag des Landes zur Bewältigung der kommunalen Finanzprobleme“, sagte Kühl.

Jutta Steinruck ist neue Parteiratsvorsitzende der SPD Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzische SPD-Europaabgeordnete Jutta Steinruck wurde auf der letzten Parteiratssitzung Anfang März in Rodenbach bei Kaiserslautern zur neuen Parteiratvorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind Barbara Schleicher-Rothmund, MdL, Claudia Lorsch, Frank Puchtler, MdL, und Bernhard Kimmler, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der

Selbstständigen in der SPD (AGS). Jens Guth, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz, begrüßte zusammen mit Gustav Herzog, MdB, die Genossinnen und Genossen vor Ort. Guth bekräftigte in seinem Grußwort, künftig verstärkt mit Veranstaltungen der Partei in die rheinland-pfälzische Region zu gehen, so wie mit dieser Parteiratssitzung in Rodenbach. Die Landesvertreter-

versammlung werde am 27. April in Ludwigshafen stattfinden. Neben der Wahl des neuen Vorstandes standen auch der Vortrag des Rechenschaftsberichtes des bisherigen Parteiratvorsitzenden und jetzigen SPD-Landesvorsitzenden Roger Lewentz und die Rede von Malu Dreyer, Ministerpräsidentin, zu aktuellen landespolitischen Themen auf der Tagesordnung.

„VERANTWORTUNG UND ZUVERSICHT“ aus der Regierungserklärung Malu Dreyers



langfristig denkt, um kommende Herausforderungen zu bewältigen ... in Verantwortung für die Menschen und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen.“

Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Innovationsfreude prägen unseren Koalitionsvertrag. Sie sind die Grundlagen dafür, dass wir den jungen Leuten eine gute Zukunft und den Älteren ein gutes Altersein ermöglichen können. „Vergessen Sie die Alten nicht!“ – das haben mir viele ältere Menschen als scheidende Sozialministerin mitgegeben. Natürlich nicht! Gleichzeitig aber wissen die Älteren ganz genau, dass „die Alten nicht zu vergessen“, immer auch heißt, die Jungen im Blick zu haben. Denn ihre Zukunft bestimmt auch die Zukunft der Älteren.

Deshalb liegt mein besonderes Augenmerk auf der Jugend, der Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb werde ich mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass unsere Wirtschaft dynamisch bleibt, dass sie gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereithält. Mein Schwerpunkt ist die Gestaltung des demografischen Wandels. Aber damit wir als unterschiedliche Generationen weiter gut leben in unserem schönen Land, müssen wir heute mehr Verantwortung übernehmen für morgen.

Deshalb werde ich an der Schuldenbremse festhalten. Wir brauchen in Zukunft neue Handlungsspielräume. Deshalb werde ich mein Kabinett in Fragen der Energiewende, der Bewahrung der Umwelt und in Nachhaltigkeitsfragen voll und ganz unterstützen. Wir werden mit großer Klarheit die zurzeit anstehenden schwierigen Fragen der Landespolitik lösen.

Liebe Genossinnen und Genossen, am 16. Januar 2013 hat der Landtag Malu Dreyer zur Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz gewählt. Am 30. Januar hat sie im Parlament ihre erste Regierungserklärung abgegeben, mit der Überschrift: „Verantwortung und Zuversicht“. Darin hat sie die Grundzüge ihrer Politik für die Menschen in unserem Land dargestellt.

Gerne zitiere ich im Folgenden die aus meiner Sicht wichtigsten Passagen dieser bedeutenden Rede der neuen Regierungschefin:

Schon in der Einleitung formulierte sie „den Anspruch darauf, dass die Politik heute Verantwortung für morgen übernimmt, dass wir im Hier und Heute die Zukunft, Ihre Zukunft, mit bedenken. Damit unser Land so lebenswert bleibt wie es ist, für alle Generationen! Damit die Jungen und die Älteren mit Zuversicht an morgen denken.“

Dazu sagte sie weiter: „Dieses Verständnis teile ich mit den Regierungsfractionen und dem Kabinett. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Unser Ziel ist ein ökologisches, soziales und wirtschaftlich florierendes Rheinland-Pfalz. Unser Bekenntnis gilt einer Politik, die



Rheinland-Pfalz ist auf gutem Weg und soll es bleiben. Im Geiste der rot-grünen Koalitionsvereinbarung wollen wir Neues wagen. Ich will, dass wir morgen sagen können, es ist ein Land:

- *das auf Bildung setzt und neue Chancen bietet,*
- *ein Land der starken Regionen,*
- *mit attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen,*
- *mit guter Arbeit und hoch qualifizierten Fachkräften,*
- *ein Land der Innovationen, in dem Wirtschaft und Wissenschaft kreativ zusammenwirken,*
- *in dem die Menschen, gleich welchen Alters, selbstbestimmt leben,*
- *ein Land, das auf die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen achtet,*
- *das sich noch stärker nach Europa öffnet und sich noch enger mit seinen Nachbarn, Luxemburg, Belgien und Frankreich, verbindet.“*

Sie schloss diesen Teil ihrer Rede mit der wichtigen Bemerkung:
„Und nicht zuletzt: Ich will, dass wir sagen können: Es ist ein Land, in dem Bürgerinnen und Bürger, die in eine schwierige Lebenssituation geraten sind, da auch wieder herausfinden.“

Der überwältigende Beifall und das positive Echo in den Medien bestätigen, was in den letzten Wochen oft gesagt wurde:
Malu Dreyer ist nicht nur die sympathische Ministerpräsidentin der Herzen, sie steht auch für eine fort-

schrittliche, menschliche Politik in Rheinland-Pfalz.

In diesem Sinne grüße ich herzlich Euer
Günther Ramsauer, MdL

NEUER GENERALSEKRETÄR Jens Guth stellt sich vor



Liebe Genossinnen und Genossen, seit dem 16. Januar 2013 bin ich Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz. Eine verantwortungsvolle Aufgabe, die ich mit viel Freude übernommen habe. Ich freue mich deswegen auf zahlreiche Begegnungen bei Euch vor Ort. In den kommenden Wochen und Monaten werde ich alle 27 Unterbezirke und Kreisverbände besuchen und viele Termine wahrnehmen.

„Das Wir vor dem Ich betonen“. Mit diesem Appell hat sich Kurt Beck am Mittwoch in einer bewegenden Rede aus der Regierungsverantwortung zurück gezogen. Dieser Satz ist Ausdruck einer Amtsauffassung, aber auch Ausdruck einer Persönlichkeit, welche die ureigensten sozialdemokratischen Eigenschaften in sich vereint. Dass

wir seit 1991 ununterbrochen die Leitlinien rheinland-pfälzischer Politik gestalten dürfen, ist neben Rudolf Scharping vor allem Kurt Beck zu verdanken. Ich wünsche unserem Ehrenvorsitzenden auch auf diesem Weg von Herzen alles Gute und vor allem viel Gesundheit.

Mein ausdrücklicher Dank gilt aber auch meinem Vorgänger im Amt, Alexander Schweitzer, dem ich zu seiner Ernennung als Staatsminister herzlich gratuliere. In seiner Amtszeit wurden viele positive Entwicklungen angestoßen, die ich nun weiterführen und mit eigenen Akzenten ausbauen werde. Dazu zähle ich unser Mentoringprogramm, die Mitgliederakademie, die Organisationskonferenzen und Basiskonvente.

Den Umbruch an der Spitze von Partei und Regierung haben wir erfolgreich gemeistert. Mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem Landesvorsitzenden Roger Lewentz ist die SPD Rheinland-Pfalz hervorragend aufgestellt. Unter dem Vorsitz von Hendrik Hering kommen aus der Landtagsfraktion wichtige Impulse.

Die SPD macht gute Politik - darauf können wir stolz sein! Gemeinsam werden wir die zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre an-

gehen. Dazu zähle ich vor allem die Neumitgliederwerbung und die Aktivierung langjähriger Genossinnen und Genossen.

2013 ist ein entscheidendes Jahr für die SPD. Wir sind die älteste Partei Deutschlands. In diesem Jahr feiern wir unser 150-jähriges Bestehen. Alle Unterbezirke und Kreisverbände sind aufgerufen, mit Festveranstaltungen und zahlreichen Aktivitäten zu den Feierlichkeiten beizutragen. Die SPD Rheinland-Pfalz wird einen Festakt im Frankfurter Hof in Mainz durchführen.

Doch 2013 ist auch Wahljahr. Im September wird im Bund ein neues Parlament und damit eine neue Bundesregierung gewählt. Lasst uns unsere 15 Wahlkreiskandidaten bestmöglich unterstützen und auf diese Weise mit dafür sorgen, dass die katastrophale schwarz-gelbe Bundesregierung endlich abgelöst wird.

Wir haben es in der Hand. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen und die Werte der Sozialdemokratie in unserem Jubiläumsjahr hoch halten. Ich freue mich auf viele interessante Gespräche und Veranstaltungen bei Euch vor Ort!

Herzliche Grüße,
Jens Guth

THEMA HOCHWASSERSCHUTZ Informationsveranstaltung der SPD Böhl-Iggelheim



Die SPD in Böhl-Iggelheim hat nicht nur mehrere Anträge zum Thema im Gemeinderat eingebracht, sondern sie hat auch mehr Information, was die gestrige Veranstaltung gezeigt hat. Mit regem Interesse verfolgten mehr als 70 Bürgerinnen und Bürger eine interessante Veranstaltung.

Im Detail waren vorbereitet: der SPD-Ortsvorsitzende Reinhard Reibsch, das Ratsmitglied Rainer Böhm, Gerold Mehrmann vom Haßlocher Umweltausschuss sowie Thomas Deigentasch vom BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz).

Hochwasser ist ein Naturereignis, das in den letzten Jahren leider immer häufiger aufgetreten ist: das Oderhochwasser oder Überschwemmungen in Polen, Ungarn und Rumänien haben dabei enorme Schäden angerichtet und Menschenleben gefordert. Die europäischen Länder haben darauf mit einer Richtlinie zum Hochwasserschutz reagiert – bei der Umsetzung spielt vor allem die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten eine wichtige Rolle.

Dies hatte sich die zuständige Behörde im letzten Jahr etwas zu einfach gemacht. Große Teile der bebauten Ortslagen in Haßloch und Iggelheim wären zu potentiellen Überschwemmungsgebieten erklärt worden. Durch die Proteste in Haßloch und in Böhl-Iggelheim findet nun eine Überarbeitung der entsprechenden Karten statt. Die Gemeinden sind aufgerufen, mit eigenen Vorschlägen initiativ zu werden. Eine solche Initiative lässt die Gemeinde Böhl-Iggelheim bisher vermissen.

Es gibt eine fortgeschrittene Verlegungsplanung für den Rehbach in der Gemeinde Haßloch/Landkreis Bad Dürkheim.

Gerold Mehrmann beleuchtete die Verlegungsplanung in Haßloch auch mit eindrucksvollen Zahlen zu Starkregenereignissen und dem Durchfluss nach Iggelheim. Grobe Überlegungen für eine Verlegung des Rehbachs gibt es nun auch für Iggelheim, hier liegt aber nur eine dürre und falsche Zeichnung eines Planungsbüros vor. Auch gibt es bisher keine Antworten

auf Fragen wie den Wasserrechten der Mühle oder den finanziellen Folgen für den Gemeindehaushalt, wenn die Instandhaltung des bisherigen Bachbettes durch die Gemeinde erfolgen muss.

Völlig unbekannt war den Teilnehmern, dass der Rehbach kein natürliches Gewässer ist, sondern vor Jahrhunderten zum Flößen von Holz aus dem Pfälzerwald und für die Mühlen angelegt wurde. Früher floss das Wasser in einem Mäander (Schwemmfläche) im Haßlocher/Iggelheimer Wald. Thomas Deigentasch vom BUND beleuchtete die Nachhaltigkeit einer Rückverlegung in den Altmäander, der noch im Wald erhalten ist.

Die Diskussion machte deutlich, dass es großes Interesse der Bevölkerung gibt und eine aktive Mitgestaltung der Bürger einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Lösung leisten kann. Die vorgetragenen Power Point Präsentationen werden auf der Homepage der SPD Böhl-Iggelheim unter www.spd-boehl-iggelheim.de bereitgestellt.

HELPERFEST MIT MITGLIEDEREHRUNG Neuhofer SPD begrüßt Neumitglieder

Beim Helferfest am 16.2.2013 im Otto-Ditscher-Haus, zu dem der SPD Ortsverein seit vielen Jahren einlädt, trafen sich rund 70 Helfer/innen und Helfer des Ortsvereins zum gemütlichen Beisammensein, sich austauschen und natürlich über die „große“ und „kleine“ Politik diskutieren. Erstmals wurden in diesem Rahmen auch Mitglieder für langjährige Zugehörigkeit zur SPD geehrt. Danke hier an Anne-Marie Gehres und Dieter Steinberg für 25 Jahre, Erich Breininger, Heinz Müller und Wilhelm Gaul für 40 Jahre und schließlich Helmut Hahn und Werner Schumacher für 50 Jahre gemeinsames Entstehen für sozialdemokratische Werte. In Vertretung unserer erkrankten Bundestagsabgeordneten Doris Barnett übernahmen Ortsvereinsvorsitzender Michael Müller und Fraktionsvorsitzender Andreas Seibert die Ehrung und Übergabe der Urkunden.

Im Anschluss begrüßten Müller und Seibert mit Karin Sturm und Gerlinde Wichmann zwei neue Mitglieder im Ortsverein, die seit der Neuwahl des



Vorstands der AsF am 6.2.2013 als Beisitzerinnen mitarbeiten. Herzlich willkommen!

Ebenfalls im Rahmen des Helferfestes hat sich der komplette „neue“ Vorstand der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) vorgestellt,

der sich wie folgt zusammensetzt (auf dem Bild von links nach rechts): Gerlinde Wichmann (Beisitzerin), Sabine Wolf (Vorsitzende), Ingrid Schultheiß (Schriftführerin), Karin Sturm (Beisitzerin) und Daniela Seibert (stellv. Vorsitzende).

Impressionen aus dem Maudacher Bruch



40 JAHRE ASF Wo Frauen sind, herrscht ein anderer Ton



ASF-Vorsitzende Ferner erinnerte an Eilers: „Die ASF ist dazu da, sich selbst überflüssig zu machen.“ (Foto: Marco Urban)

Am 23. März feierte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) das 40. Jubiläum ihrer Gründung. Am 23. März 1973 begann die erste Bundeskonferenz der ASF in Ludwigshafen.

SPD-Chef Sigmar Gabriel gratulierte persönlich. Gleichstellungspolitik werde im Zentrum des Bundestagswahlkampfes stehen, kündigte er an.

Neben einer Geschlechterquote für Aufsichtsräte gehört insbesondere das Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu den zentralen gleichstellungspolitischen Themen der SPD im Bundestagswahlkampf.

Erst vor zwei Tagen fand der diesjährige Equal Pay Day in Deutschland statt: Noch immer erhalten Frauen in

Deutschland durchschnittlich 22 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen – so groß ist die Lohnlücke fast nirgendwo in Europa.

Andrea Nahles zu 40 Jahre AsF:
„Vieles ist erreicht, aber noch lange nicht alles. Ihr Appell: „Haut rein, weiterhin alles Gute!“

„Ohne die Quote wäre ich nicht da, wo ich heute bin“

Die Quote in Führungspositionen sei nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der jüngsten Sexismus-Debatte wichtig, sagte Sigmar Gabriel: „Denn wo Frauen angemessen repräsentiert sind, herrscht ein anderer Ton und eine andere Atmosphäre als in reinen Männerunden.“ Am eigenen Beispiel

machte die derzeitige ASF-Vorsitzende Elke Ferner deutlich, wie Frauen von einer Quote profitieren. „Ohne die von der ASF erstrittene Quote wäre ich, wie viele andere Frauen, nicht da, wo ich heute bin“, sagte die Spitzenkandidatin der Saar-SPD für die Bundestagswahl selbstbewusst.

Egon Bahr macht Mut, weiter zu kämpfen:
„Nicht nachlassen, zäh bleiben, dran bleiben, nicht aufgeben!“

Gabriel betonte, dass die SPD „immer dann gute Wahlergebnisse erzielt“ habe, wenn sie „bei Frauen gut abgeschnitten“ hat. Es gebe viele gute, junge, engagierte Frauen in der Partei. Um diesen die Vernetzung jenseits von

Ortsvereinsstrukturen zu erleichtern, habe der Parteivorstand die Internetplattform SPD-fem.net ins Leben gerufen. Ziel sei es, dass junge Frauen Spaß haben, mit der SPD gemeinsam etwas zu bewegen.

Malu Dreyer zu 40 Jahre AsF:
„Ich bin immer an eurer Seite, wenn es um die Frauenrechte geht!“

Ziel: sich selbst überflüssig zu machen

Elke Ferner betonte, es gebe noch viel zu tun, bis die ASF ihr Ziel erreicht habe. Dieses hatte deren erste Vorsitzende Elfriede Eilers wie folgt formuliert: „Die ASF ist dazu da, sich selbst überflüssig

zu machen.“ Neben Sigmar Gabriel nahmen unter anderem die ehemalige ASF-Bundes-

vorsitzenden Inge Wettig-Danielmeier und Karin Junker an der Jubiläumsveranstaltung teil.



Bericht von der Bundeskonferenz der ASF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) am Samstag, den 23. März im Pfalzbau

Auf den Tag genau 40 Jahre zuvor fand in Ludwigshafen die allererste Bundeskonferenz der ASF statt. Mehr als 100 Frauen (und auch ein paar Männer) kamen im Pfalzbau zusammen, um unter dem Motto „Gestern-Heute-Morgen“ miteinander zu diskutieren. Schon damals seien die Pfälzer Frauen besonders streitbar gewesen, so Dr. Agnes Allroggen-Bedel, die die Moderation inne hatte, denke man beispielsweise an die unvergessene Liesel Schäfer.

Parteivorsitzender Sigmar Gabriel durfte als Ehrengast die Festrede halten und bekam von uns Frauen auch Widerworte zu hören. Weitere Ehrengäste waren Gustav Herzog, Landesgruppenchef der rheinland-pfälzischen SPD-Fraktion, Jutta Steinruck, SPD-Abgeordnete im Europaparlament, Anke Simon, SPD-

Abgeordnete im Landtag, und die erste Frauenministerin von Rheinland Pfalz: Jeanette Rott-Otte. Außerdem waren ganz viele ehemalige ASF-Vorstandsmitglieder nach Ludwigshafen gekommen und ich habe mich gefreut, so viele vormalige Mitstreiterinnen wieder zu treffen. Wer nicht vor Ort sein konnte, schickte ein Grußwort per Videobotschaft und besonders die Worte unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer erhielt viel Applaus. Meine Kollegin aus dem Europaparlament Jutta Steinruck überbrachte Grüße vom Landesvorsitzenden Roger Lewentz und lobte die Arbeit der ASF.

40 Jahre ASF sind auch aus meiner Sicht ein Meilenstein. Wenn ich mir allerdings ansehe, dass eine Stunde Kinderbetreuung laut Tariflohn viel weniger ist als eine Stunde Ar-

beit am Auto, dann kann ich nur sagen: die ASF ist noch lange nicht überflüssig! Wir sollten auch mehr Männer ermutigen, Frauenberufe zu ergreifen: Grundschullehrer zu werden oder Erzieher oder Altenpfleger - sie sind dort sehr willkommen! Und: erst dann wird sich auch im Lohngefüge etwas ändern, wenn die „Familienernährer“ merken, dass man von diesem Gehalt eben nicht die Familie über die Runden bringt. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass Frauen für gleiche Arbeit gleiche Vergütung erhalten und endlich Chancengleichheit in unserem Land herstellen. Ein ganz wichtiger Schritt wird sein, die Wahl im September zu gewinnen. Mit der SPD wird es keine Herdprämie mehr geben, dafür Geschlechtergerechtigkeit und somit eine gerechte Gesellschaft.

Doris Barnett

„Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten erhalten“



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD begrüßt den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten erhalten – Psychische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren“ so Holger Scharff, Landes- und Regionalvorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft.

Der Stress und die Belastung für die Beschäftigten nehmen nahezu täglich zu. In vielen Unternehmen werden die frei werdenden Stellen einfach nicht mehr besetzt, im Bereich der Pflege gilt ähnliches oder aber man findet keine Bewerber.

Besonders in der Pflege kann man die steigende Belastung fast an jedem Arbeitsplatz deutlich erkennen. Pflegekräfte stehen unter ständigen Zeit-

druck. Es fehlt ihnen die Zeit, um sich um den Patienten so zu kümmern, wie er es eigentlich bräuchte. In den meisten Fällen muss die Arbeit hastig erledigt werden, weil die Leistungsvorgaben zu hoch sind und die vielen Dokumentationspflichten enorm Arbeitszeit kostet. Das Menschliche in der Kranken- und Altenpflege geht dadurch verloren. Dies darf nicht sein, so AFA Sprecher Holger Scharff.

Die ständig steigenden Belastungen am Arbeitsplatz schaden allen!

- sie schaden den Pflegekräften, weil sie durch psychische Belastungen und Stress selbst krank werden
- sie schaden dem Arbeitgeber, weil er die Ausfallzeiten seiner Arbeitnehmer zu verkraften hat
- sie schaden den Krankenkassen, weil sie bei Krankheiten, die durch psychische Belastungen entstehen, die Kosten tragen müssen

- er schadet der Qualität der Arbeit, denn mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz kann keine Pflegekraft wirklich gute Arbeit leisten
- und damit schaden der Stress und die psychische Belastungen am Arbeitsplatz auch den Patienten.

Das Gesundheitswesen leidet, weil niemand mehr bei uns diese Arbeit unter diesen Bedingungen machen will. Dieses Problem löst man aber auch nicht, wenn man nun glaubt, dass man sich philippinische Pflegekräfte holt und diese dann unter unseren Bedingungen ausbeuten kann. Das System müsse verändert werden, so dass es auch unseren Pflegekräften wieder Spaß macht, Menschen zu helfen, so Scharff.

All diese Probleme, so Scharff, sind überall bekannt, es wird aber leider zu wenig dagegen getan. Darum ist es gut und richtig, wenn nun die SPD-Bundestagsfraktion dieses aufgreift.

Jusos Speyer und Arbeiterkind.de

Die Jusos im SPD-Stadtverband Speyer luden am 22. Februar zur öffentlichen Vorstandssitzung ein. Als Gäste berichteten Vertreter/innen von ArbeiterKind.de (Ortsgruppe Mannheim)

über ihre Arbeit als MentorInnen für Schüler/innen und Studierende, die aus einem nicht-akademischen Elternhaus stammen und als erste in ihrer Familie einen Studienabschluss

anstreben. Besonders erfreulich war das große Interesse interessierter Jugendlicher, die der Einladung der Jusos gefolgt waren.



Lust auf mehr?

Für alle die sich auch außerhalb ihres Ortsvereins politisch engagieren wollen:

Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD Rheinland-Pfalz



AfA: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ist die größte Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Sie ist Plattform für engagierte ArbeitnehmerInnen, Betriebsräte sowie Mitglieder der Gewerkschaften.

SIP: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Sozialdemokraten in der Polizei



Vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Aufgaben ist es Ziel, die Parteipolitik mit den Fachkenntnissen der SIP in Fragen der inneren Sicherheit zu beraten. Hierbei möchte die SIP für eine Polizei streiten, die bürgernah, professionell für ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger eintritt.

AfB: Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung



Die AfB ist Plattform für alle SPD-Mitglieder im Bildungsbereich und offen für alle an sozialdemokratischer Bildungspolitik interessierten Menschen.

AG 60 plus: Die Arbeitsgemeinschaft der Älteren



Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus setzt sich für eine zukunfts-fähige Gesellschaft ein. Sie wendet sich gegen jegliche Versuche, alte und junge Menschen gegeneinander auszuspielen.

AGS: Die Arbeitsgemeinschaft Selbständige



Die Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) ist innerhalb der SPD der zentrale Ansprechpartner für Wirtschaft und Mittelstand. www.ags-rlp.de

AsF: Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen



Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) hat sich die Gleichstellung von Frauen und Männern in Partei und Gesellschaft zum Ziel gesetzt. www.asf-rlp.de

ASG: Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen



In der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) engagieren sich Ärztinnen und Ärzte sowie Vertreterinnen und Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Pflegeberufen, Krankenkassen und gesundheitspolitischen Initiativen. www.asg-rlp.de

AsJ: Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen



Rechtspolitik war und ist Teil sozialdemokratischer Programmatik. Sie ist das Aufgabengebiet der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ).

Jusos: Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten



Die JungsozialistInnen (Jusos) sind ein linker Richtungsverband und die Jugendorganisation für alle SPD-Mitglieder bzw. interessierte junge Leute von 14 bis 35 Jahren. Sie positionieren sich kritisch-konstruktiv ggü. der Partei und tragen auch Anliegen der jungen Generation an die Partei heran. Dazu gibt es auch Juso-Hochschulgruppen und auch zunehmend Juso-SchülerInnen-Gruppen. www.jusos-rlp.de

Auf dem letzten Parteitag der SPD wurden die neuen Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen:

Schwusos: Schwule und Lesben in der SPD



Migration und Vielfalt



Selbst Aktiv - behinderte Menschen in der SPD



Zeitnah werden diese auch auf Landesebene etabliert! Wenn ihr Interesse habt, meldet Euch bei uns!

Weitere Informationen erhaltet ihr unter:

www.AGen.spd-rlp.de

SPD Rheinland-Pfalz
Klarastr. 15a
55116 Mainz
Tel.: 06131 - 270 - 6130
Michaela.Conrad@spd.de
www.spd-rlp.de

Es gibt die AG Deiner Wahl vor Ort nicht? Keine Panik!

Name _____

Alle Arbeitsgemeinschaften sind auf Landesebene organisiert und freuen sich auf Dein Interesse an einer Mitarbeit!

Email _____

Einfach favorisierte AGen ankreuzen, Name, Emailadresse, OV und UB/KV eintragen und mailen an Michaela.Conrad@spd.de. Wir stellen den Kontakt her!

Gliederung _____

FREIHEIT, GERECHTIGKEIT, SOLIDARITÄT! Die SPD wird 150 Jahre alt!



Mit zahlreichen Veranstaltungen unter anderem in Berlin, Leipzig, Weimar und Mainz feiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr stolzes Jubiläum. Sie hat dazu allen Grund. Unsere Partei hat in den letzten 150 Jahren die Geschichte Deutschlands und Europas entscheidend geprägt.

Seit der **Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“** im Jahr 1863 durch Ferdinand Lasalle in Leipzig hat die SPD eine bewegte Geschichte durchlebt. Der Kampf für die Rechte der Arbeiter und der Frauen schon im 19. Jahrhundert und das daraus folgende Verbot durch Bismarck von 1878 bis 1890 prägten die erste Generation aktiver Sozialdemokraten.

Mit **Friedrich Ebert** stellte die SPD nach dem verlorenen ersten Weltkrieg 1918 unter katastrophalen wirtschaftlichen Bedingungen den ersten Reichspräsidenten.

Die sogenannte „**Weimarer Republik**“ fand ihr Ende mit der Machtübernahme der Nazis 1933. Im Reichstag war es einzig die SPD, die sich dem Ermächtigungsgesetz für Hitler entgensetzte, nachdem die Kommunisten bereits verhaftet waren. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“ rief Otto Wels da-

mals für die SPD-Fraktion aus. Viele Sozialdemokraten waren zu diesem Zeitpunkt schon verhaftet und in Konzentrationslager deportiert, andere wurden anschließend festgenommen, wenn sie nicht ins Exil flüchten konnten. Es folgte die sogenannte „Gleichschaltung“ und damit erneut das **Verbot der SPD** bis zum Ende der braunen Diktatur 1945.

Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Willy Brandt waren die bekanntesten und erfolgreichen SPD-Politiker der Nachkriegszeit, in der die SPD bis zur Großen Koalition 1966 die Oppositionsrolle zu spielen hatte. 1969 war es dann so weit. Willy Brandt wurde der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik. „**Mehr Demokratie wagen**“ nannte er das Regierungsprogramm der sozial-liberalen Koalition. Seine Ostpolitik legte die Grundlagen für die spätere Vereinigung der BRD und der DDR. Seine fortschrittliche Sozialpolitik brachte mehr Mitbestimmung.

Ihm folgte 1974 bis 1982 Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, dessen Wirtschaftspolitik Deutschland im internationalen Vergleich weit nach vorne brachte. 1998 bis 2005 führte die SPD die erste Rot-Grüne Regierung unter Bundeskanzler **Gerhard Schröder** an. Sie hat damals schon den Atomausstieg beschlossen und mit den AKW-Betreibern ausgehandelt, was die spätere schwarz-gelbe Regierung nicht daran hinderte, das Rad zurück zu drehen bis Fukushima sie eines Besseren belehrte. Auch die Weigerung Schröders, deutsche Soldaten in den Irak-Krieg zu schicken, gehört zu den wichtigen Entscheidungen seiner Zeit.

Nicht zu vergessen sind in diesem kurzen Rückblick die sozialdemokratischen **Bundespräsidenten Gustav Heinemann (1969 - 1974) und Johannes Rau (1999 - 2004)**, die jeder auf seine Weise das Amt deutlich geprägt haben. Seit 2012 stellt die SPD mit Martin Schulz den Präsidenten des Europäischen Parlamentes.

Im Dezember 2012 bereitete der Bundesparteitag mit der Wahl **Peer Steinbrücks zum Kanzlerkandidaten** ein Regierungsprogramm für die kommende Bundestagswahl vor, das mehr soziale Gerechtigkeit ermöglichen soll. Bildung, Familie und Beruf, Mindestlohn und Mindestrente, Regulierung der Finanzmärkte und eine aktive Europapolitik sind wichtige Bausteine dazu.

Auch in diesem Programm stehen die sozialdemokratischen Grundwerte über allem: **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!**

Günther Ramsauer, MdL

Aufruf

Zum **150-jährigen Jubiläum der SPD** planen wir in unserem Unterbezirk eine Jubiläumsbroschüre.

Wer interessante Fotos aus der Parteigeschichte hat, die für unsere Jubiläumsbroschüre geeignet wären, soll sie an Bernhard.kukatcki@spd.de oder Julia.troubal@spd.de schicken, am besten mit einem kleinen Hinweis, wann das war und wer darauf zu sehen ist.

Die Bilder werden gescannt und zurückgegeben.



Die Geschichte der Arbeiterbewegung steht im Mittelpunkt der Ausstellung „Durch Nacht zum Licht?“ im Technoseum, dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim.

1863 gründete Ferdinand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein – die Ausstellung beleuchtet, wie sich in den folgenden Jahrzehnten Arbeitsformen und Identität der Arbeitnehmer wandelten.

Zu sehen sind unter anderem Handschriften von Karl Marx, unterschiedliche Produktionsmaschinen sowie der Gehrock von Karl Liebknecht.

Mit der RHEINPFALZ-CARD ist der Eintritt am Freitag, den 5. April, in der Zeit von 9 Uhr bis 17 Uhr kostenlos.

1871–2011
140 Jahre SPD Pfalz



Ein Bildband zur 140-jährigen Geschichte der pfälzischen SPD

SPD

In Anlehnung an die große Jubiläumsfeier der SPD in diesem Jahr haben wir im vergangenen Jahr eine eigene Broschüre zu unserem Jubiläum „140 Jahre SPD Pfalz“ herausgegeben. Ihr könnt diese Broschüre über eure Geschäftsstelle oder über uns zum Preis von 3 Euro bestellen.

VdK - Geschäftsführender Vorstand komplett

Martin Wegner aus Ludwigshafen ist neuer stellvertretender Vorsitzender des Sozialverbands VdK Rheinland-Pfalz. Die 16 Mitglieder des Landesverbandsvorstands und die sieben Mitglieder des Landesverbandsausschusses wählten ihn auf einer gemeinsamen Sitzung am 13. März. Damit tritt er die Nachfolge von Ernst Schimmel an, der am 20. Februar 2013 von seinem Amt zurückgetreten war.



sich erleichtert: „Endlich ist diese wichtige Personalfrage geklärt und unser geschäftsführender Vorstand wieder komplett. Das gibt uns Kraft für die kommenden Aufgaben.“

Gewählt ist Martin Wegner bis zum

nächsten ordentlichen Landesverbandstag 2015. Dem Sozialverband

VdK Rheinland-Pfalz gehört er seit vier Jahren an. Außerdem ist er Vorsitzender des Ortsverbands Ludwigshafen-Mundenheim.

Der Sozialverband VdK ist deutschlandweit die größte Interessenvertretung aller behinderten Menschen, chronisch Kranken, Sozialversicherten und Rentner. Er berät seine Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen und vertritt sie vor den Sozialgerichten. Der Landesverband Rheinland-Pfalz hat zurzeit über 173.000 Mitglieder.

Hinweis:

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

20 Termine / Veranstaltungen

26. März, 19.30 h	MV des OV Altrip mit Vorstandswahlen, Regiozentrum	2. Mai, 18.30 h	„Gute Tierhaltung – gutes Essen?, mit Doris Barnett und Heinz Paula, Großniedesheim	24. Juni, 19.00 h	KV RP, Vorstandssitzung
28. März, 9.00 h	OV Mutterstadt, Marktfrühstück	4. Mai	Fällt aus !!! Tag der offenen Tür in der Regionalgeschäftsstelle in der Maxstraße in LU	28. Juni, 19.00 h	UB-Vertreterversammlungen Bezirkstag und Europa (angefragt AV 03-Sporthalle in Speyer)
29. März, 14.30 h	OV Speyer-Nord, Osterkaffee im Siedlergemeinschaftshaus	6. Mai, 19.00 h	150 Jahre SPD, Jusos LU und DGB, Geschichte der SPD und der Gewerkschaften, Vortrag v. K. Mertschnig, ver.di-Haus	29. Juni	Historischer Spaziergang der des SPD-UB VP und der SPD Speyer, Alte Schwartzsche Brauerei
30. März, 7.00 h	OV Eppstein, Osteraktion Infostand	11. Mai, 7.00 h	OV Eppstein, Muttertagsaktion Infostand	29./30. Juni	Rehbachfest mit SPD OV Neuhofen
1. April, 14.00 h	OV Lamsbheim, Osterhasensuchen auf dem Freibadgelände	11. Mai, 7.00 h	OV Fußgönheim, Muttertagsstand	1. Juli, 19.00 h	150 Jahre SPD, Jusos LU, Vortrag über die SPD und die Frauenbewegung
4. April, 18.30 h	„Bezahlbares Wohnen“, mit Doris Barnett, Gasthaus Alte Turnhalle, LU-Oggersheim	11./12. Mai	Bruchfest der SPD Ortsvereine Gartenstadt, Niederfeld, Oggersheim Maudach	5. Juli, 15.00 h	OV Fußgönheim, Ortsbegehung
5. April	Marktfrühstück mit Doris Barnett in Frankenthal	14. Mai, 14.30 h	Werksbesichtigung der Fa. Voegelé in Rheingönheim, AG 60plus Speyer und Umland	13. Juli	Tour mit den Roten Radlern Frankenthal
8. April, 19.00 h	Basiskonferenz: Gemeinsame Sitzung von UB-Vorstand und Ortsvereinsvorsitzenden, Alte Turnhalle Oggersheim, mit GS Jens Guth	14. Mai, 19.00 h	OV Eppstein, MV mit Vertreterwahlen	16.–18. Aug.	150 Jahre SPD: Busfahrt des UB VP zum Deutschlandtreffen
10. April, 9.30 h	AsF Ruchheim, Frauenfrühstück im Schloß, Gast: Doris Barnett zum Thema „Frauen wollen Respekt“	14. Mai	AG 60plus, Veranstaltung mit Heike Mrosek-Handwerk in Speyer (wird auf anderen Termin verlegt!)	24. Aug., 10.00 h	AG 60plus-Landeskonferenz mit Neuwahlen, Harxheim
11. April, 19.00 h	MV des OV Friesenheim, KSC-Gaststätte, Teichgartenweg 2	20. Mai	150 Jahre SPD, zentrale Veranstaltung des LV RLP, Frankfurter Hof, Mainz	24. Aug., 17.00 h	Pfälzer Abend der SPD Neuhofen im Haus der Vereine mit Live-Musik und Bar
12. April, 19.30 h	MV des OV Mörsch, ASV-Klubheim, Frühlingsstr.	21. Mai	AG 60plus, Veranstaltung mit Doris Barnett in Mutterstadt	27. Aug., 19.00 h	UB-Vorstandssitzung
12. April, 19.00 h	MV des OV Frankenthal mit Neuwahlen, Dathenushaus (kl. Saal)	23. Mai, 18.00 h	Wirtschaftsgespräch mit Hendrik Hering u. H. Klamm, Autohaus Henzel, Mutterstadt	30. Aug., 18.00 h	Vollversammlung der AfB, Bürgerhaus Mainz-Lerchenberg
12. April, 19.00 h	150 Jahre SPD, Jusos und SV LU, Arbeiter- und Protestlieder, mit U. Valnion, Juso-Katerschmiede	27. Mai, 19.00 h	OV Mutterstadt, MV mit Vertreterwahlen, Palatinum	1. Sept.	Pfalztreffen
13. April, 17.00 h	Frühlingsfest des OV Dannstadt-Schauernheim, Zentrum Alte Schule	2. Juni	OV Rheingönheim, Jazzfrühshoppen bei der TG Frei Heil	5. Sept.	Podiumsdiskussion der Rheinpfalz zur Bundestagswahl mit Doris Barnett, Kulturzentrum dasHaus
14. April, 11.00 h	Bundesparteitag Programm, Messe Augsburg	4. Juni, 18.00 h	Gründung der LAG Migration und Vielfalt, Wappensaal des Landtages, Mainz	13. Sept.	Marktfrühstück mit Doris Barnett in Frankenthal
18. April, 15.00 h	AG 60plus Speyer, Betriebsbesichtigung bei der Fa. Mann & Hummel, Anmeldung erforderl. bei Silvia Nebel	8. Juni, 15.00 h	150 Jahre SPD: Historische Straßenbahnfahrt des UB VP durch LU	14. Sept., 7.00 h	OV Fußgönheim, Infostand
20. April	Regionalverbandskonferenz Pfalz zur Bundestagswahl, Stadthalle Otterberg	9. Juni	SV FT, anlässlich des 150 Jahr-Jubiläums Besuch der Ausstellung im Technoseum	22. Sept.	Bundestagswahl
21. April	Jazzfrühshoppen, OV Mutterstadt	10. Juni	Abgabetermin der Ortsvereine für die Meldezettel Vertreterwahlen Bezirkstag/Europa/Stadtrat/Kreistag	5. Okt., 10.00 h	AfA-Regionalverbandskonferenz mit Neuwahlen, Naturfreundehaus Speyer
22. April, 19.00 h	Generalsekretär Jens Guth zu Besuch bei den Jusos, Katerschmiede LU	14. Juni, 19.00 h	MV des OV Rheingönheim	28. Okt., 19.00 h	Kamingespräch des UB VP und der SPD Speyer, AWO-Keller
22. April, 19.00 h	KV RP, Vorstandssitzung	14. Juni, 19.00 h	150 Jahre SPD, Jusos LU und OV Südliche Innenstadt, Die SPD in der Nazi-Zeit, mit Zeitzeugen Dr. Werner Ludwig, beim ESV	3.–10. Nov.	10. Usedom-Fahrt des UB Vorderpfalz
23. April, 18.30 h	Veranstaltung „Wohnen im Alter“ mit Sozialminister A. Schweitzer u. H. Klamm	15. Juni	150 Jahre SPD: Wanderung mit Doris Barnett und den Naturfreunden FT zum Hambacher Schloß	16. Nov., 10.00 h	Vertreterversammlung zur Aufstellung der Kreistagsliste RP
27. April, 10.00 h	Landesvertreterversammlung Rheinland-Pfalz mit Aufstellung BT-Liste, Eberthalle LU	16. Juni, 19.30 h	OV Rheingönheim, MV mit Neuwahlen, Gaststätte „Frei Heil“	25. Nov.	Kreisverbandskonferenz RP mit Neuwahl des Vorstands
28. April	Segway-Tour der SPD Frankenthal durch die Mörscher Rheinauen	17. Juni, 14.00 h	Regionalverbandskonferenz Pfalz der AG 60 plus mit Vorstandswahlen, Alte Turnhalle Oggersheim	21. Nov.	UB-Konferenz mit Neuwahl des Vorstandes
29. April, 18.00 h	Vollversammlung AGS, Bürgerhaus MZ-Finthen	17. Juni, 19.00 h	Landesparteiart	6./7. Dez.	OV Eppstein, Nikolausaktion für Kinder u. Nikolausaktion Infostand
30. April	OV Birkenheide, Tanz in den mit Mitglieder-ehrung	21. Juni, 18.00 h	OV Flomersheim, Empfang/Mitglieder-ehrung im Rahmen der 150 Jahr-Feier, mit D. Barnett u. M. Haller	8. Dez., 15.00 h	OV Rheingönheim, Weihnachtsfeier im Heinrich-Walker-Haus
1. Mai	Maifeiern/Waldfeste der SPD-OVe in Mutterstadt, Lamsbheim und Schifferstadt	22./23. Juni	Landeskonferenz der Jusos		
1. Mai, 10.00 h, 14.00 h	Frühshoppen der SPD im Waldpark und Nachmittags Kuchenbuffet der AsF; DGB-Maikundgebung Neuhofen mit Jutta Steinruck	23. Juni, 11.00 h	150 Jahre SPD: Kleiner Festakt des UB VP mit Theater und Musik, Festhalle Oggersheim		

➔ Impressum

Redaktion: Bernhard Kukatzki, Julia Troubal, Michael Müller
Terminmeldungen und Beiträge
 bitte an die Redaktion SPD-Unterbezirk Vorderpfalz
 c/o Bernhard Kukatzki
 Maxstraße 65
 67059 Ludwigshafen am Rhein
 oder per E-Mail an
bernhard.kukatzki@spd.de